



## **Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 08.11.2012

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Erster Bürgermeister Wersch

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele  
Herr Stadtrat Bode  
Frau Stadträtin Drews  
Herr Stadtrat Funk  
Herr Stadtrat Hagel  
Herr Stadtrat Heinkele  
Frau Stadträtin Kübler  
Herr Stadtrat Lemli  
Herr Stadtrat Späh  
Herr Stadtrat Walter  
Herr Stadtrat Wiest

Stellvertreter/in:

Frau Stadträtin Goeth  
Herr Stadtrat Kolesch  
Frau Stadträtin Sonntag

entschuldigt:

Herr Stadtrat Aßfalg  
Herr Stadtrat Dr. Schmid  
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung  
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen  
Herr Kopf, Hochbauamt  
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg  
Herr Bürgermeister Kuhlmann  
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport  
Herr Renner, Amt für Bildung, Betreuung und Sport  
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer  
Herr Schulze, Liegenschaftsamt  
Herr Walz, Gebäudemanagement

ab TOP 2

## Tagesordnung

<b>TOP-Nr.</b>	<b>TOP</b>	<b>Drucksache Nr.</b>
1.	Energiebericht der Stadt Biberach 2011	174/2012
2.1.	Verschiedenes - Abrechnungssystem für Kindergarten- und Hort-Essen	

Die Mitglieder wurden am 26.10.2012 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 31.10.2012 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 174/2012 mit dem Energiebericht 2011 zur Information vor.

Eine Beratung findet nicht statt, da das Thema bereits im Bauausschuss am 05.11.2012 behandelt wurde.

**Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.**

## TOP 2.1 Verschiedenes - Abrechnungssystem für Kindergarten- und Hort-Essen

StR Kolesch bringt vor, die Kindergarten- und Horteltern seien in den letzten Tagen verwirrt und verärgert worden. Alle Eltern, deren Kinder am Mittagessen teilnahmen, hätten ein Schreiben erhalten, wonach die Abrechnung und Organisation des Essens komplett umgestellt werde. Dieses Schreiben sei über die Kindergärten verteilt worden und erst am letzten Tag vor den Ferien den Kindergärten zugegangen. Die Eltern hätten daher erst nach den Ferien von den Absichten erfahren. Seine Frau habe das Schreiben am 05.11. abends erhalten. Bisher sei das Essensgeld zusammen mit den Kindergartengebühren als Vorschuss abgebucht worden und man habe immer wieder eine Rechnung erhalten. Jetzt solle Geld auf ein Fremdkonto überwiesen werden und wenn auf diesem nicht genug Geld sei, bekomme das Kind nichts zu essen und sitze unter Umständen heulend da. Dies entspreche nicht den Vorstellungen der CDU-Fraktion.

Ferner hätte das Geld bis 08.11. überwiesen werden müssen, damit das Verfahren ab der Folgewoche laufe. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen worden, dass die Transaktion zwei bis drei Tage dauere.

Am Vortag habe er nun ein Schreiben erhalten, dass die Umstellung auf den 01.01.2013 verschoben worden sei. Besorgte Eltern hätten das Geld jedoch bereits überwiesen. Er fragt, wie in diesen Fällen verfahren werde und warum eine so grundlegende Entscheidung nicht in den Gremien behandelt werde.

Das neue System sehe am Ende einen Strafbeitrag von 10 Euro für die Rückerstattung des Guthabens dar. Wenn man also noch 9 Euro auf dem Konto habe, bekomme man diese nicht zurückerstattet, sondern müsse 1 Euro bezahlen, um nichts zurückzuerhalten. Er **beantragt**, das System nicht zwingend zum 01.01.2013 einzuführen. Stattdessen solle vorher in einer Vorlage dargelegt werden, wie mit Kindern umgegangen werde, bei denen nicht genug Geld für das Essen auf dem Konto sei. Ferner benötige man ein gesichertes Konto, vergleichbar der Lösung bei den Gymnasien und es dürfe am Ende keine Strafgebühr erhoben werden. Überdies fordert er die Verwaltung auf, Eltern, die bereits Beiträge bezahlt hätten, das Geld sofort zurückzuerstatten und künftig sensibler mit Themen umzugehen, die so viel Konfliktpotential enthielten.

Herr Morczinietz räumt ein, die kurzfristige Verfahrensänderung sei sehr unglücklich gewesen, wobei man sich des Problems mit den Herbstferien zum Zeitpunkt des Versands der Schreiben nicht bewusst gewesen sei. Daher habe man auch prompt reagiert und die Einführung verschoben.

Er stellt klar, dass ein Kind auf jeden Fall ein Essen erhalte, auch wenn nicht genügend Geld auf dem Konto sei. Dies sei im Schreiben unglücklich formuliert. Man habe auf ein vorgefertigtes Anschreiben des Anbieters zurückgegriffen. Man habe einen Notfallchip für die Erzieherinnen, mit denen solche Essen gebucht werden könnten. Man übernehme nichts anderes als ein bereits erfolgreiches System. Es sei ein guthabenbasiertes System, das auf Vorleistungen der Eltern beruhe. Momentan seien die Erzieherinnen erheblich durch handschriftliches Erfassen der Essensbestellungen zeitlich gebunden. Dies stelle einen immensen Verwaltungsaufwand dar.

Die Rückerstattung solle auch in Analogie zu den Gymnasien erfolgen. Bislang entstehe ein enormer Verwaltungsaufwand durch Centbeträge. Das neue System biete für Eltern mehr Transparenz und man hätte dann ein durchgängiges System über Jahre hinweg, da das Guthaben beim Schulwechsel mitgenommen werden könne. Für die Auslagerung des Kontos seien steuerrechtli-

che Gründe verantwortlich. Frau Leonhardt habe darauf hingewiesen, dass ein Fördervereinskonto, wie es bei Schulen schulübergreifend funktioniere, hier nicht klappe.

EBM Wersch stellt klar, man befinde sich unter dem Tagesordnungspunkt "Verschiedenes", weshalb keine Debatte möglich sei. Da die Verwaltung kritisiert worden sei, sei die ausführliche Antwort zulässig gewesen. Spontan erscheine ihm der Vorfall ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Er **sagt eine Informationsvorlage zu**, bei der man auch prüfen werde, ob doch ein Beschluss erforderlich sei. Dies solle sehr zeitnah dargelegt werden. Ihm sei es wichtig, dass die Botschaft in der Schwäbischen Zeitung nicht laute, dass arme Kinder im Kindergarten nichts zu essen bekommen. Es möge sein, dass das Schreiben unglücklich formuliert gewesen sei und es tue ihm leid, wenn dies der Fall gewesen sein sollte.

# Hauptausschuss, 08.11.2012, öffentlich

## Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	.....	EBM Wersch
Stadtrat:	.....	Hagel
Stadträtin:	.....	Kübler
Schriftführerin:	.....	Appel
Gesehen:	.....	BM Kuhlmann